

Neueste Mittheilungen.

Verantwortlicher Herausgeber: Dr. S. Klee.

IV. Jahrgang.

Berlin, Freitag, den 2. October 1885.

№ 93.

Auf zu den Wahlen!

Die Wahlen zum Landtage sind ausgeschrieben; hiermit ist der Ruf an alle Wahlberechtigten ergangen, ihre Wahlpflicht zu erfüllen und von Neuem Volksvertreter zu wählen, welche während dreier Jahre in Gemeinschaft mit der Regierung und mit dem Herrenhause die gesetzgeberische Thätigkeit zum Besten des Vaterlandes ausüben sollen.

Es ist ein wichtiger Augenblick in dem Leben eines Volkes, wenn es berufen wird, die Zusammensetzung des einen Theils der gesetzgebenden Factoren zu erneuern. Während die Krone mit ihren Räten und das Herrenhaus gewissermaßen das Bleibende in der Flucht der politischen Erscheinungen bilden und den ununterbrochenen Fortbestand des Staatswesens auch äußerlich repräsentiren, unterliegt der dritte Factor fortwährendem Wechsel. Das hat sein Gutes, hat aber auch seine Gefahren. Sein Gutes, weil dadurch die bleibenden und feststehenden gesetzgeberischen Factoren mit der Stimmung und den Bedürfnissen des Volkes, die selbst wechseln, in fortwährender Verbindung und Fühlung gehalten werden, — seine Gefahren, weil Stimmung und Bedürfnisse oft unnatürlich und künstlich erzeugt und die Wahlen oft vom Zufall abhängig sind. Beides hat jedes Mal jeder einzelne wahlberechtigte Bürger zu bedenken: er soll der Pflicht eingedenk sein, für eine gesunde Weiterentwicklung des Staatslebens zu sorgen, daß Stimmungen und Bedürfnisse unverfälscht zu gewissenhaftem Ausdruck gelangen und daß dem Zufall und den gefährlichen Irrwegen vorgebeugt werde.

Wer die Entwicklung unseres Volkes mit Verständniß beobachtet hat, kann über die Stimmung und die Bedürfnisse desselben nicht im Zweifel sein. Wir sehen unser Vaterland in gedeihlicher Entwicklung auf allen Gebieten. Handel und Verkehr bewegen sich in gesunden Bahnen, die wirtschaftlichen Verhältnisse haben einen, im Ganzen erfreulichen Aufschwung genommen und Franken hauptsächlich nur in einem Punkte, an der immer noch drückenden Lage der Landwirtschaft, welche allerdings auch Industrie und Gewerbe in eine gewisse Mitleidenschaft zieht. Für die Besserung und Erleichterung der socialen Lage der weniger Bemittelten ist Manches geschehen: mehr als 21 Millionen Einwohner bezahlen keine Klassensteuer mehr, und durch die Reichsgesetzgebung sind jetzt gegen 4 Millionen Arbeiter gegen die wirtschaftlichen Folgen von Krankheit und Unfällen sicher gestellt. Durch die Verstaatlichung der Eisenbahnen werden dem Staate Einnahmen zugeführt, die für die Gesamtheit der Steuerzahler große Erleichterungen mit sich bringen. Die Bedürfnisse für die Zukunft ergeben sich hieraus von selbst: nämlich daß die Weiterentwicklung sich in denselben Bahnen bewege und auf dem bisher Erreichten weiter gebaut werde. Dazu gehört vor Allem weitere Erleichterung des Drucks der directen Steuern und Entlastung der Gemeinden, mit welcher bereits durch Ueberweisung von 20 Millionen Mark ein Anfang gemacht werden konnte, Ausgestaltung der Selbstverwaltung, Ausbildung des Verkehrswezens, Berücksichtigung der Bedürfnisse der Landwirtschaft durch Besserung des Creditwesens, Erweiterung des Systems der Höferolle und andere das landwirtschaftliche Gewerbe fördernde Maßnahmen.

Eine Umbildung und Rückbildung dieser Entwicklung würde Preußen in gefährliche Bahnen bringen. Freilich schützt uns hier vor das starke Königthum, dessen wir uns erfreuen; aber wir wissen auch, daß es am letzten Ende das Ziel des Radicalismus und der Socialdemokratie ist, gerade die Macht des Königthums selbst unter Ausdehnung der Macht des Parlaments einzuschränken und herabzumindern. Um dies Ziel zu erreichen, sucht der Radicalismus eine künstliche Mißstimmung im

Volke zu erzeugen. Da wird über „Reaction“ geschrien, über die Ausbeutung der Aermere durch die Wohlhabenderen, über die Bevorzugung des Grundbesitzes, über die zu großen Kosten des Heeres, und das Alles hat nur das eine Ziel: Preußen in die Bahnen eines Parlamentarismus zu drängen, welchen andere Staaten schon längst nicht mehr als Gewinn, sondern als ein die gesunde Entwicklung der Volksgemeinschaft hemmendes Bleigewicht empfinden. Jener künstlich erzeugten Verstimmung und den Zielen, welchen dieselbe dienen soll, entgegenzutreten, das ist bei den Wahlen die Aufgabe Derer, welche an der Stellung der Krone nicht rütteln lassen und welche die gesunde sociale, wirtschaftliche und politische Entwicklung unseres preußischen Vaterlandes nicht unterbrochen wissen wollen. Nicht der künstlich genährten Mißstimmung sollen die Wahlen Ausdruck geben, sondern der wahren Stimmung und den wahren Bedürfnissen des Volks. Damit diese unverfälscht zum Ausdruck gelangen, bedarf es nur einer kräftigen Abwehr der radicalen Bestrebungen und Wühlereien, welche vor keinem Mittel zurückschrecken, die Stimmung und Ueberzeugung der Wähler zu beeinflussen und so die Freiheit der Wahlen auf alle mögliche Weise zu beeinträchtigen.

Fortentwicklung auf den bisherigen Bahnen,
Stärkere Abwehr der radicalen Bestrebungen —
das mag bei den Wahlen das Ziel sein, das uns nicht vorenthalten werden wird, wenn wir in dem nunmehr entbrennenden Wahlkampfe nach alter guter preußischer Art uns leiten lassen von dem Wahrspruch:

Mit Gott für König und Vaterland!

Drei Wahlaufrufe.

Gleichzeitig mit der amtlichen Veröffentlichung des Wahltermins zu den Landtagswahlen sind die Centrumspartei, die nationalliberale Partei und die freiconservative Partei mit Wahlaufrufen hervorgetreten. Die Stellung dieser drei Parteien zu den Fragen des Staatslebens ist zu bekannt, als daß man von ihren Wahlaufrufen etwas Neues erwarten könnte. Dennoch ist es von actuellem Interesse, den besonderen Geist kennen zu lernen, welcher sie angesichts des beginnenden Wahlkampfes beherrscht und welcher in den Aufrufen zum Ausdruck gelangt. Da läßt sich denn mit kurzen Worten sagen, daß das Centrum — unter fast beiläufiger Erwähnung der Finanz- und wirtschaftlichen Fragen, die es durch seine Mitwirkung hat fördern helfen — den Schwerpunkt seiner Action wieder in die kirchenpolitische Frage verlegt und daß es in dieser eine Angriffsstellung einnimmt, wie sie nach Allem, was in den letzten Jahren zur Förderung der kirchlichen Friedens von Seiten des Staates geschehen ist, unverständlich ist. „Keine Versumpfung des Culturkampfes“ ist der Grundgedanke, welcher die Partei und ihren Aufruf beherrscht, und dem alles Andere untergeordnet wird. Zu diesem Zwecke werden die bisherigen „Milderungen“ als unbedeutend hingestellt und es wird ihnen der Zweck untergelegt, das katholische Volk zu „täuschen“ und „einzuschläfern;“ demgegenüber wird die Noth der Kirche in den schwärzesten Farben geschildert und von Neuem zum Kampfe für die „Freiheit der Religion“ aufgefordert, die nebenbei noch niemals bedroht gewesen ist. Ob dieser kriegerische Ton in den mehr und mehr beruhigten Gemüthern des katholischen Volkes einen Resonanzboden finden wird, ob die Ueberzeugung Anhänger finden wird, daß alle bisherigen Friedensthaten Täuschungs- und Einschläferungsmittel waren, darf füglich bezweifelt werden.

Einen ungleich wohlthuerenderen und erfreulicheren Eindruck macht der Geist, welcher sich in den Wahlaufrufen der Nationalliberalen und Freiconservativen kundgibt. Man darf sie beide unter

einem gemeinsamen Gesichtspunkt zusammenfassen, weil sie viel Berührungspunkte haben. In beiden wird die Nothwendigkeit und die Bereitwilligkeit zur Reform der directen Steuern, zur Erleichterung der Schullasten, zur Entlastung der Gemeinden, zur Fortsetzung der Verwaltungsreform, zur Erhaltung des Bauern- und Handwerkerstandes, zur Wiederherstellung des kirchlichen Friedens unter Wahrung der Rechte des Staates betont, beide Aufrufe stellen im Gegensatz zum Centrum den Charakter der Schule als eine staatliche Veranstaltung hin, beide stellen die nationalen Pflichten gegenüber dem Reich in den Vordergrund. Der nationalliberale Aufruf hebt dagegen besonders noch die Nothwendigkeit der Besserung der socialen Verhältnisse der arbeitenden Klassen auch in Staat und Gemeinde hervor, der freiconservative unterscheidet sich von jenem dadurch, daß er insbesondere den confessionellen Charakter der Volksschule als Grundsatz hinstellt und die weitere Entwicklung „unter dem Schutz unseres kräftigen Königthums“ erhofft.

Wir wollen die zuletzt angedeuteten Verschiedenheiten nicht als charakteristische Gegenätze herauskehren, ebensowenig aber auch die Gleichartigkeit der Ziele als ein Zeichen vollkommener Uebereinstimmung im Einzelnen und in Bezug auf die Mittel und Wege dazu betrachten: die Wahlaufträge sind keine Programme für die Behandlung von Specialfragen. Aber darin stimmen beide überein, daß sie den ehrlichen Willen der Parteien zeigen, an den Aufgaben der staatlichen Thätigkeit in positiver Weise mitzuarbeiten, daß beide Parteien in ihren Aufrufen von demselben Geiste positiver und staatserbaltender Thätigkeit durchdrungen sind. Hat sich die freiconservative Partei in dieser Beziehung schon längst bewährt, so ist anzuerkennen, daß mit der Rundgebung einer solchen Absicht die nationalliberale Partei — anders wie vor 3 Jahren — auf einen Boden getreten ist, auf welchem ein gemeinschaftliches Zusammenwirken mit den Freiconservativen und Conservativen ebenso möglich, wie ein Zusammengehen mit den Freisinnigen als ausgeschlossen erscheinen dürfte. Es darf als ein Fortschritt in der Entwicklung unserer politischen Zustände angesehen werden, daß bei der diesjährigen Wahlbewegung auch die nationalliberale Partei sich zu dem Programm „einer stetig fortschreitenden Reform der bestehenden Zustände“ bekennt und sich damit von einer Gemeinschaft löst, in welcher sie zu unfruchtbarer Opposition verdammt war.

Auftheilung der Domänen.

In seiner hannoverschen Rede betonte Herr v. Bennigsen auch die Nothwendigkeit der inneren Colonisation. Damit wird jeder Einsichtige einverstanden sein, vom Staate werden auch bereits die Bestrebungen gefördert, welche darauf gerichtet sind, auf den unbevölkerten Strecken die Bedingungen zum Unterhalt für eine größere Zahl von Ansiedlern zu schaffen; das ist z. B. bei der Nuzbarmachung von Mooren der Fall. Als ein Mittel für die innere Colonisation empfahl aber Herr v. Bennigsen auch die Verwandlung der Staatsdomänen in kleinere Besitzungen.

Preußen hat einen sehr werthvollen Domänenbesitz, der dem Staate rund 30 Millionen Mark Reinertrag bringt. Nach der Uebersicht von 1883 bestanden 1 076 größere Vorwerke mit ca. 340 000 Hektaren. Wollte man damit bäuerliche Wirthschaften gründen von im Durchschnitt je 10 Hektaren, so könnten 34 000 Familien zu Grundbesitzern gemacht werden. Der jährliche Zuwachs unserer Bevölkerung beträgt mehr als das Doppelte, woraus ersichtlich ist, daß der Verkauf der Domänen als eine große durchgreifende Maßregel unter keinen Umständen betrachtet werden kann. Trotzdem wäre es ja für einzelne Provinzen recht erwünscht, wenn ihnen tüchtige Elemente eines bäuerlichen Mittelstandes zugeführt würden. Aber die Sache ist nicht so einfach, wie es sich die Musterbauern des Freisinnis vorzustellen scheinen.

Bereits Mitte der siebziger Jahre war von dem damaligen Finanzminister der Versuch gemacht worden, die Lücken, welche in Neuborpommern durch das Schwinden des Bauernstandes eingetreten sind, durch Domänenveräußerungen auszufüllen. Der Versuch scheiterte.

Inzwischen ist die Domänenverwaltung auf das landwirthschaftliche Ministerium übergegangen. In der Sitzung des Ab-

geordnetenhauses vom 3. Dezember 1883 erklärte es der Minister für Landwirthschaft, Domänen und Forsten, Dr. Lucius, für eine rein mechanische Maßregel, mit der Meßkette die Domänen abzumessen und in so und soviel Stücken zu verkaufen. Die Gefahr ist nämlich, daß auf diesem Wege der Eifer, Grundbesitz zu erwerben, eine Anzahl nicht leistungsfähiger Existenzen schafft und daß über kurz oder lang die neuen Bauerngüter zum guten Theil wieder verschwinden. Man sieht ja, was sonst bei der Ausschachtung von Gütern vielfach herauskommt: nicht die kleinen Leute benutzen die Gelegenheit, sich anzusiedeln, sondern der Hof fällt in zwei oder drei Theilen an die Nachbarn. Entweder die Bauern und kleinen Leute sind so vorsichtig, sich auf den Kauf von größeren Parzellen nicht einzulassen, die Angebote bleiben unter der Tafe und dann hätte bei der Parcellirung der Domänen der Fiskus einen empfindlichen, anderweit aufzubringenden Schaden zu tragen, oder es wiederholen sich die im Stralsunder Bezirke vor 10 Jahren gemachten Erfahrungen, d. h. der neue Besitzer geht an der Beschaffung des Inventars und der nothwendigen Umbauten und an der Zahlung des Kaufpreises oder den aufgenommenen Hypotheken zu Grunde. Nicht mit Unrecht hat darum der Abg. Frhr. v. Schorlemer-Alt den Ruf nach Veräußerung der Domänen als eine Luftspiegelung bezeichnet, die man den Leuten vornache.

Herr v. Bennigsen scheint denn auch an die Verwandlung der Domänen in kleinere Besitzungen nicht sowohl im Wege des Besitzüberganges, als im Wege der Erbpacht gedacht zu haben.

Einem derartigen Vorschlage würden, wenn man ihn lediglich vom Standpunkte der Landescultur aus betrachtet, geringere Bedenken entgegen stehen. Gewisse Leute erblicken zwar hierin sofort eine „Reaction im Sinne des Feudalismus“. Aber selbst die gut manchesterliche Nationalzeitung weist diesen in der That unberechtigten Vorwurf zurück, indem sie zugleich dem Vorschlage insoweit zustimmen zu können erklärt, als bei der Erbpacht der allmähliche Uebergang ins freie Eigenthum vorgesehen werden könne. Bei der Erbpacht sind minder bemittelte Landwirthe in der Lage, ihre Capitalien statt für den Erwerb für den Betrieb der Unternehmung zu verwenden. Der Zeitpächter ist der Gefahr ausgesetzt, sobald er seine Wirthschaft ertragsfähiger gemacht hat, gesteigert zu werden. Für den Erbpächter, der gleich dem Eigenthümer auf festem Boden steht, wirkt der Sporn zur Mehrung des Ertrages viel kräftiger. Somit ist die Erbpacht jedenfalls geeigneter, als die Veräußerung, kleinere landwirthschaftliche Unternehmer in Gegenden zu ziehen und hier auf die Dauer zu halten, wo bisher Mangel an solchen war.

Im Uebrigen ist indessen auch ein solches Project nicht genügend vorbereitet, um eine Ausführung desselben schon in naher Zeit erwarten lassen zu können; jedenfalls würde zuvor in sorgfältiger Erwägung gezogen werden müssen, ob der Staat wohl daran thut, seinen Domänenbesitz zu veräußern, und ob er wirklich durch diese Veräußerung Vortheile, welche hiermit auch in annäherndem Verhältnisse stehen, zu erreichen in der Lage sein würde.

Neuigkeiten aus der Verwaltung.

Dem rheinisch-westfälischen Verein für Bildung und Beschäftigung evangelischer Diakonissen zu Kaiserswerth a. Rh. ist zur Annahme des demselben seitens der verstorbenen verwitweten Frau Geheimrath v. Unker geb. Bölling testamentarisch vermachten Gutes nebst ausstehenden Gebäuden „am Wallbaum“ bei Hattingen im Landkreis Bochum zum ungefähren Werthe von einundfünfzigtausendsechshundertzwanzig Mark die landesherrliche Genehmigung erteilt worden.

Der evangelischen Kirchengemeinde Bottrop im Kreise Necklinghausen ist zur Annahme der ihr seitens des practischen Arztes Deventer in Berlin zum Bau eines Gotteshauses gemachten Zuwendung von fünfunddreißigtausend Mark die landesherrliche Genehmigung erteilt worden.

Politische Tagesfragen.

Der Minister des Innern macht offiziell bekannt, daß als Wahltermin für die Wahl der Wahlmänner der 29. October, für die Wahl der Abgeordneten der 7. November festgesetzt ist.

Die württembergische Regierung hat bei dem Bundesrath den Antrag gestellt, derselbe wolle auf Grund des § 16 der Gewerbeordnung, vorbehaltlich der Genehmigung des Reichstags, beschließen, daß die Anlagen, in welchen aus Holz oder ähnlichem Faßmaterial auf chemischem Wege Papierstoff hergestellt wird (Cellulosefabriken), in das Verzeichniß der genehmigungspflichtigen gewerblichen Anlagen aufgenommen werden.

Die Kreuzercorvette „Augusta“ wird nunmehr als vollständig verloren betrachtet. Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht die Liste der mit der „Augusta“ Verlorenen. Die wichtigsten Daten ihrer Geschichte sind folgende:

S. M. Kreuzercorvette „Augusta“, in den Jahren 1862 bis 1864 bei Armand in Bordeaux erbaut, hatte bei einer Länge von 74 m und einer Breite von 11 m ein Displacement von 1825 t; eine Maschine von 1300 indicirten Pferdekraften verlieh ihr unter günstigen Verhältnissen eine Geschwindigkeit von 14 Seemeilen.

Sie trat im Herbst 1867 ihre erste größere Reise und zwar von einjähriger Dauer unter dem Commando des Corvetten-Capitäns Rinderling nach Westindien an; vorher in den Jahren 1864, 1865 und 1866 war sie nur zu kurzen Sommer-Indiensthalungen herangezogen worden.

Während des Krieges 1870 im Dezember in Dienst gestellt, kreuzte sie unter Befehl des Corvetten-Capitäns Weikmann mit Erfolg an der französischen Küste, bis sie von überlegenen Streitkräften im Hafen von Vigo blockirt wurde. Nach dem Waffenstillstand 1871 in die Heimath zurückgeführt, wurde sie außer Dienst gestellt. Im Jahre 1874 trat sie ihre zweite größere Reise von 1 Jahr 9 Monaten unter dem Commando des Corvetten-Capitäns Freiherrn von der Goltz nach Westindien und Süd-Amerika an.

Vom August 1879 bis zum December 1881 erhielt das Schiff eine Grundreparatur, d. h. eine Reparatur von Grund aus. Zugleich wurde der Kreuzmast für die kleinere Barktakelage umgeändert. Von dieser Zeit an lag die Corvette in 2. Reserve bereit, bis sie am 14. April d. J. mit einer Besatzung von 9 Officieren und 214 Mann in Dienst gestellt wurde.

Diese Besatzung war bestimmt, in Australien gegen ausgediente Mannschaften der Besatzung dort befindlicher Schiffe umgetauscht zu werden.

Die Corvette sollte ferner jenen Schiffen Materialien, Inventarien und Proviant zuführen. Sie hatte, um diese 32 Tons wiegenden Gegenstände gut verpacken zu können, einen Theil ihrer eigenen Ausrüstung im Gewichte von 50,7 Tons, darunter 6—12 cm Geschütze und 4—3,7 cm Revolverkanonen zurückgelassen. Die Belastung der Corvette war mithin rund 19 Tons geringer als etatsmäßig. So ausgerüstet, verließ die Corvette am 28. April Wilhelmshaven, traf am 6. Mai in Gibraltar, am 22. Mai in Suez ein, und ging von dort am 25. Mai nach Perim. Letzteren Ort verließ sie in der Nacht vom 1. zum 2. Juni mit der Bestimmung nach Albany (Australien). Es ist wahrscheinlich, daß das Schiff in einem Cyclon, welcher dasselbe im Golf von Aden getroffen hat, untergegangen ist.

Die durch das Commando des ostafrikanischen Geschwaders und die Consulate der Haupthandelsplätze des indischen Oceans angestellten Nachforschungen nach dem Verbleib der Corvette sind ebenso resultatlos geblieben, als die durch einen englischen Dampfer am 14. September auf den Chagos-Inseln erhobenen Nachfragen. Die Hoffnung, daß S. M. S. „Augusta“ auf einer der anderen Inseln des indischen Oceans erlittene Beschädigungen reparire, ist geschwunden.

In dem Essener Handelskammerbericht findet sich eine Tabelle, welche die Gesamtproduction Deutschlands an Kohlen und Eisen für die Jahre 1873—1884 veranschaulicht. Danach hat die Production an Steinkohlen von 36 392 279 Tonnen im Jahre 1873 bis auf 57 190 326 im Jahre 1884, also um 20 799 047 zugenommen; dagegen hat sich der Werth der producirten Kohlen von 403 645 296 M im Jahre 1873 auf 298 584 000 M im Jahre 1884, also um 105 061 296 M vermindert; für die einzelne Tonne hat sich der Werth in dieser Zeit von 11,09 M auf 5,22 M, also um 52,93 Procent vermindert. Nicht viel anders steht es mit der Roheisen-Production. Dieselbe hat sich von 1 983 163 Tonnen im Jahr 1873 auf 3 544 537 im Jahr 1884, also um 1 561 374 vermehrt, dagegen ist der Werth von 224 778 672 M auf 172 785 794, also um 51 992 878 M zurückgegangen; für die einzelne Tonne hat sich der Werth in dieser Zeit von 113,24 M auf 48,75 M, also um 56,95 Procent vermindert. Die Production war also in fortwährender Zunahme begriffen, der Verkaufswert ist aber ständig gesunken. „Dieses Sinken des Verkaufspreises — heißt es in dem Bericht — verhindert leider die Anwendung des in vielen Fällen einzig richtigen Mittels, nämlich eine Einschränkung der Production. Das beständige Sinken der Preise veranlaßt vielmehr nothgedrungen, fast überall eine Steigerung der Production, da in vielen Betrieben nur auf dem Wege der äußersten Ausnutzung aller Betriebskräfte eine Abminderung der Selbstkosten erreicht und die Concurrenzfähigkeit des betreffenden Unternehmens auf dem Markt erhalten bleiben kann. Hier ist Abhilfe

nur von einer Ausdehnung des Absatzgebietes zu erwarten.“ Dieses Ziel hat bekanntlich die Colonialpolitik im Auge.

Mit Ausnahme der Seiden- und Sammetindustrie ist im Bezirke der Handelskammer von München-Gladbach nach dem Jahresbericht zwar in allen gewerblichen Zweigen eine lebhaftere Thätigkeit entwickelt worden, in vieler Hinsicht ergab sie sich aber als wenig lohnend, — eine Wahrnehmung, die in den meisten Handelskammerberichten wiederkehrt. In der Baumwollspinnerei waren alle Spindeln beschäftigt. Die Flachspinnerei hat sich sehr günstiger Verhältnisse zu erfreuen gehabt. Die Wollspinnerei hat ihre Production einschränken müssen. Die Weißweberei litt in allen ihren Artikeln in Folge starken Angebots an unlohnenden, theilweise sogar verlustbringenden Preisen. Die Buntweberei hat ein mäßiges Ergebnis gehabt, im laufenden Jahr war eine Verminderung der Production durch Abkürzung der Arbeitszeit nothwendig. Die Leinwandweberei war voll und lohnend beschäftigt. Die verschiedenen Hilfsindustrien des Textilzweiges waren in voller Thätigkeit mit günstigen Ergebnissen. — Der wirtschaftliche Erfolg der gewerblichen Thätigkeit jenes Bezirkes ist daher verschieden. Im Großen und Ganzen nimmt der Bericht aber eine wirtschaftliche Kräftigung, wenn auch in mäßigem Umfange, für 1884 an. Mit Ausnahme der Seidenindustrie waren in den meisten Zweigen die Arbeiter dauernd und mit guten Löhnen beschäftigt. Im Handstuhlbetriebe der Sammet- und Seidenindustrie dürfte freilich am Schlusse des Jahres 1884 nur die Hälfte an Arbeit und Verdienst gegen den Anfang des Jahres vorhanden gewesen sein.

Personalien.

Dem Generalsuperintendenten Dr. Geß in Posen ist aus Anlaß seines Dienstausscheidens und dem Generalsuperintendenten Consistorialrath z. D. Küster in Stade aus Anlaß seines fünfzigjährigen Dienstjubiläums der Königl. Kronen-Orden zweiter Klasse verliehen worden.

Politische Wochenschau.

Aus dem Inlande.

Der Geburtstag der Kaiserin wurde in Baden-Baden, wie alljährlich, so auch dies Mal wieder im engeren Familienkreise gefeiert. Der Kronprinz, Prinz Heinrich und die Badischen Herrschaften waren zu der Feier eingetroffen. Vorher hatte sich der Kronprinz nach kurzem Aufenthalt in Homburg v. d. S. nach Karlsruhe begeben, um den Einzugsfeierlichkeiten des neuvermählten Paares, des Erbgroßherzogs von Baden und der Prinzessin Hilda von Nassau, beizuwohnen. Letztere haben auch in Baden-Baden bei den Kaiserlichen Herrschaften Besuch gemacht. Der Kronprinz befindet sich augenblicklich in Oberitalien, die Frau Kronprinzessin weilt mit den drei jüngsten Prinzessinnen Töchtern noch in Venedig.

In Baden-Baden erhielt der Kaiser auch den Besuch des Königs der Belgier, der schon vor längerer Zeit geplant war, damals aber wegen des Unwohlseins des Kaisers verschoben werden mußte.

Der Reichskanzler ist am Sonntag nach Friedrichsruhe übergestiegen und empfing hier im Laufe der Woche den russischen Minister des Auswärtigen, v. Giers, den die ostrumelische Angelegenheit von Meran nach Kopenhagen zum Zaren gerufen hat, sowie den vom Urlaube nach Berlin zurückgekehrten österreichischen Botschafter Grafen Szechenyi.

Es ist nun leider kein Zweifel mehr, daß die „Augusta“ Anfang Juni durch einen Cyclon im indischen Ocean zu Grunde gegangen ist. Die Liste der Besatzung, welche der Reichsanzeiger veröffentlicht, weist 223 Namen auf.

Mit dem 1. October ist die Unfallversicherung in ihrem ganzen Umfange in Kraft getreten. Der Theil des Gesetzes, der sich auf die Organisation bezieht, trat bereits bei Verkündung desselben in Kraft; inzwischen ist die große Organisation der Berufsgenossenschaften vollzogen worden. Nunmehr ist dem größten Theile aller in Staats- und Privatbetrieben beschäftigten Arbeiter eine ausreichende Entschädigung für den Fall ihrer Verunglückung gesichert, ohne daß der Verunglückte erst den Proceßweg zu beschreiten nöthig hat. Kein Staat hat eine so breit angelegte und für die Arbeiter so wohlthätige Einrichtung aufzuweisen. Der nächste Reichstag wird sich nun noch mit der Ausdehnung der Unfallversicherung auf die forst- und landwirthschaftlichen Arbeiter zu beschäftigen haben.

In Chemnitz wurde ein großer sogenannter Socialistenproceß verhandelt. Eine Anzahl Abgeordneter der socialdemokratischen Partei hatte im vorigen Jahre einem Congreß in Copenhagen beigewohnt und ist angeklagt, einer durch das Gesetz verbotenen geheimen Verbindung anzugehören. Die Verhandlungen nahmen mehrere Tage in Anspruch, das Urtheil soll am 7. October verkündet werden.

Die Centrums- und nationalliberale und die freiconservative Partei sind fast gleichzeitig mit Aufrufen vor die Wähler getreten. Der

Aufruf der Centrumsparthei ist vom Mai d. J. datirt und berührt die schwebenden Aufgaben des Landtags fast gar nicht. Den Klagen über den kirchenpolitischen Streit ist eine besondere Schärfe dadurch gegeben, daß es heißt, die verletzte Gerechtigkeit harre nicht nur der Wiederherstellung, sie sei mehr in Frage gestellt denn früher. Dies wird behauptet nach den zahlreichen Erleichterungen der letzten Jahre und nachdem fast alle anderen Parteien sich bereit erklärt haben, an einem Ausgleich mitzuarbeiten. Man wird jene Behauptung daher als eine grobe Unwahrheit bezeichnen dürfen.

Der bayerische Landtag ist Ende vorigen Monats zusammengetreten und hat von dem Finanzminister die erfreuliche Mittheilung erhalten, daß der neue Budgetentwurf für 1885/86 mit einem Ueberschuß von über 7 Millionen M. abschließt.

Aus dem Auslande.

Die spanisch-deutsche Streitfrage hat in der letzten Woche insofern einige Fortschritte zu ihrer Lösung gemacht, als Spanien die von Deutschland an Stelle eines Schiedsgerichts in der Carolinenfrage vorgeschlagene Vermittlung des Papstes und der Papst die ihm übertragene Vermittlerrolle angenommen und als zugleich Deutschland sich durch die von der spanischen Regierung wegen der Pöbelangriffe auf die deutsche Gesandtschaft abgegebenen entschuldigenden Erklärungen für befriedigt erklärt hat. Wie es heißt, steht nun auch die Beantwortung der letzten spanischen Note bezüglich der von Spanien auf die Carolinen geltend gemachten Rechtsansprüche durch Deutschland unmittelbar bevor, nachdem dem Kaiser diese Antwort zur Genehmigung unterbreitet worden ist. Die entgegenkommende Haltung Deutschlands hat in Spanien den besten Eindruck gemacht und dort die Hoffnung belebt, daß sich die Beziehungen zu Deutschland in Zukunft noch enger gestalten werden. Auch die von England in dieser Sache gethanen Schritte scheinen beruhigend gewirkt zu haben, nachdem das britische Cabinet aus früheren Unterredungen mit dem derzeitigen Ministerpräsidenten Canovas den Nachweis erbracht hat, daß Spanien noch vor neun Jahren jeden Anspruch auf Souveränität über die betreffenden Inselgruppen in Abrede gestellt hat.

In der ostrumelischen Frage haben sich die Mächte zu einer gemeinsamen Besprechung ihrer Botschafter in Konstantinopel, die nunmehr ihren Anfang genommen hat, geeinigt. Ueber die Art der Lösung der schwebenden Verwicklungen scheinen noch keinerlei bestimmte Vorschläge in Aussicht genommen zu sein. Vorläufig richten sich die Bemühungen der Mächte dahin, die zum Schlage bereiten Balkanstaaten — namentlich Griechenland und Serbien — zur Ruhe und Mäßigung zu ermahnen. Gleichwohl rüsten dieselben mit Macht, um die ihnen durch eine etwaige Anerkennung der bulgarischen Union erwachsenden Nachtheile auszugleichen. Serbien verlangt einen Gebietszuwachs an seiner Süd- und Südwestgrenze, Griechenland eine Einverleibung der an

seiner Nordgrenze gelegenen türkischen Provinzen, falls „Großbulgarien“ bestehen bleiben sollte. In Ostrumelien wird eifrig an einer Verteidigung der türkischen Grenzen gearbeitet, zugleich aber bemüht sich Fürst Alexander mit Strenge, die Ruhe aufrecht zu erhalten, und den Sultan zu versichern, daß Großbulgarien in dem Suzeränitätsverhältnis bleiben solle, welches bisher kraft des Berliner Vertrags für Nordbulgarien bestand. Eine bulgarische Deputation, welche den Kaiser von Rußland für eine Bestätigung und Aufrechterhaltung der durch den Aufstand geschaffenen Lage gewinnen soll, ist in Kopenhagen eingetroffen. Dort ist auch der russische Minister von Giers, der auf seiner Reise dorthin den Fürsten Bismarck in Friedrichsruhe besuchte, angelangt. Der von seinem Urlaub nach Berlin zurückgekehrte österreichisch-ungarische Botschafter Graf Szechenyi ist in diesen Tagen, wie man vermuthet, gleichfalls wegen der ostrumelischen Frage in Friedrichsruh gewesen. Wie man sieht, sind die Mächte bereit, schnell eine Lösung zu finden; die maßvolle und friedliche Haltung der Pforte erleichtert diese Bestrebungen. Ein türkischer Ministerwechsel, der vor einigen Tagen stattfand, wird allgemein im friedlichen Sinne gedeutet. — Angesichts dieser neu entstandenen Frage dürfte fürs Erste keine Zeit zur Fortsetzung der Verhandlungen der Pforte mit Sir Drummond Wolff wegen der ägyptischen Frage übrig sein.

Der österreichische Reichsrath ist am 26. vom Kaiser Franz Joseph mit einer Rede eröffnet worden, welche besonders wirthschaftliche und sociale Aufgaben behandelt und die friedlichen Beziehungen zu allen Mächten betont. Bei Beginn des ungarischen Reichstages sind sofort Interpellationen über die Zusammenkunft in Kremier und über die ostrumelische Frage eingebracht worden.

In Paris und Frankreich ist das gesammte politische Interesse durch die am 4. October stattfindenden Wahlen absorbiert. Durch die Aufstellung von Listen mit den Namen der zu wählenden Abgeordneten ist ein allgemeiner Wirrwarr entstanden, so daß es schwer hält, kurz vor Thoreschluß Klarheit über die Beziehungen der Parteien zu gewinnen. Am 12. October soll die lateinische Münzconferenz abermals zusammentreten, nachdem Belgien seine früheren Forderungen fallen gelassen hat.

In Amsterdam haben in den letzten Wochen wiederholt socialdemocratiche Unruhestörungen stattgefunden, bei denen es zu mehreren Verhaftungen und Verwundungen kam. Die Bewegung knüpft sich an die Forderung der Einführung des allgemeinen Wahlrechts, welche von den verschiedensten Gesellschaftskreisen erhoben und von den Socialdemokraten und Anarchisten für ihre Zwecke ausgebeutet wird.

Auch in Brasilien steht nunmehr das Institut der Sklaverei vor seiner Beseitigung, nachdem beide Kammern einen Gesetzentwurf über die Aufhebung der Sklaverei angenommen haben.